

**„Wir wollten alles auf möglichst sanfte Art machen“.
Zum 25. Jahrestag der Verhandlungen am Runden Tisch und der ersten freien Wahlen 1989.
Mit Adam Michnik spricht Bartosz Dziewanowski-Stefańczyk**

Bartosz Dziewanowski-Stefańczyk: Am 12. September 1989 hielt während der Regierungserklärung von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki ganz Polen den Atem an, als dieser einen Schwächeanfall erlitt.

Adam Michnik: Ich kann schwerlich im Namen der gesamten Opposition sprechen, jeder von uns hat seine eigenen Schlüsse gezogen. Zu meinen gehörte erstens, dass Veränderungen zwar schwer, aber möglich sein würden. Zweitens durfte man sich nicht zuviel vornehmen, sondern musste realistisch kalkulieren, ob etwas möglich ist – und nicht etwa davon abhängig machen, ob es gewünscht ist. Drittens musste der Begriff „Bedrohung“ definiert werden. Auf der einen Seite war die Sowjetunion eine Bedrohung, auf der anderen Seite der Machtapparat, der sich bedroht fühlte und Angst davor hatte, was geschehen könnte, da eine Bevölkerungsgruppe in Erscheinung trat, die er nicht verstand und von der er glaubte, sie nicht kontrollieren und infiltrieren zu können.

BDS: Was ermöglichte den Umbruch von 1989?

AM: 1988 gab es, wie ich es sehe, zwei Faktoren: Zum einen konnte die Staatsmacht die Opposition nicht zerschlagen, selbst wenn sich diese oft zurückgezogen hatte oder nur symbolisch existierte, doch immerhin gab es sie die ganze Zeit über. Zweitens war der Staat zu Reformen nach dem Modell Pinochet nicht imstande, also zu einer Koexistenz von Polizeidiktatur und weitreichender wirtschaftlicher Modernisierung. Ein weiterer Faktor, der meiner Meinung nach ungeheuer wichtig war, waren die Veränderungsprozesse in der Sowjetunion. Ich gehörte zu denjenigen, die sie ernst nahmen, und war der Meinung, dass sie für Polen tatsächlich eine Chance eröffneten, die ungleich größer war als der bis dahin gewährte Spielraum.

BDS: Also die Perestroika.

AM: Genau.

BDS: Könnte man leicht provokativ sagen, dass das grundlegende Problem der Zustand der Wirtschaft war, der alle Proteste im kommunistischen Polen auslöste, mit Ausnahme der Demonstrationen von 1968?

AM: Natürlich, es zeigte sich, dass der Staat in wirtschaftlicher Hinsicht nicht weiter wusste.

BDS: War die Aufnahme der Beratungen am Runden Tisch – wie sie die Regierungsseite Anfang 1989 vorschlug – unvermeidlich, oder handelte es sich nur um einen Fehler der Machthaber, die ihre Kräfte überschätzten?

AM: Wir hatten immer wieder gesagt, dass wir gesprächsbereit seien. Wir lehnten den Weg revolutionärer Gewalt ab, weil wir der Meinung waren, auf diesem Weg lasse sich nichts erreichen. Die Staatsgewalt war sich nach der Streikwelle von 1988 über die Stimmungslage in der Bevölkerung im Klaren. Selbst wenn diese Streiks noch relativ schwach waren, kündigten sie doch an, was kommen könnte. Sie waren wie erste Regentropfen, die aus einem sehr bewölkten Himmel fallen. Zunächst waren es nur kleine Tropfen, doch war vorauszusehen, dass danach ein gewaltiges Unwetter mit Blitz und Donner folgen würde. Ich denke, dass das für die damalige Regierung ein sehr wichtiger Augenblick war. Sie verstand, dass sie, wenn sie keine Wiederholung von Straßenprotesten mit

ungewissem Ausgang zulassen wollte, zumal angesichts der in Russland erfolgenden Veränderungen, ihr Interesse darin sehen musste, das Establishment zu vergrößern, also ihren eigenen Mainstream durch Leute der Opposition zu ergänzen. Die Regierenden wollten das mit der ganzen Opposition tun, oder vielmehr mit einem Teil – einige Personen sollten davon ausgeschlossen werden, aber das war eine rein „technische“ Frage. Im Kern beruhte es darauf, dass „die dort oben“ verstanden, dass es in ihrem Interesse war, Gespräche aufzunehmen. Natürlich handelte es sich um eine große Kehrtwendung, da die Staatsmacht zuvor darauf beharrt hatte, dass man sich mit diesen „Kriminellen“, also der Opposition, nie und nimmer an einen Tisch setzen würde – schließlich hatte sie uns alle ins Gefängnis gesteckt.

BDS: War die Staatsmacht der Meinung, sie würde überleben, da die Opposition über die Wirtschaftsprobleme stolpern und das Vertrauen der Bevölkerung verlieren würde, so dass die alte Führungsriege würde zurückkehren können?

AM: Die Regierenden waren sich nicht einig. Es gab den Reformflügel und die Betonköpfe. Ich kann nicht sagen, was „die“ Regierung dachten, sondern nur, wie ich es damals verstand. Ich meinte, dass die Staatsmacht bereit war, alles zu verändern – nur damit alles beim Alten bliebe. Sie glaubte, dass sie trotz einer neuen Öffnung würde weiter regieren können. Also so ähnlich wie 1956, als sich mit dem Amtsantritt von Władysław Gomułka, der Freilassung des polnischen Primas Kardinal Stefan Wyszyński, der Rückgängigmachung der Kollektivierung usw. sehr viel veränderte, und doch alles so blieb, wie es war, d. h. dieselben Leute blieben an der Macht, die auch zuvor schon die Macht ausgeübt hatten.

BDS: Und die heute vergessenen Wirtschaftsreformen von Industrieminister Mieczysław Wilczek von Ende 1988?

AM: Diese Reformen waren ein erster, radikaler Schritt in Richtung Marktwirtschaft. Es handelte sich um ausgesprochen wichtige Reformen. Wilczek wurde vergessen, weil seinen Reformen keine politische Öffnung folgte. Aber es war eine große Veränderung, und Wilczek hat im Grunde den Weg zu Leszek Balcerowicz's Reformen gebahnt.

BDS: Kann man von einem *point of no return* sprechen, als die kommunistische Regierung die Veränderungen nicht mehr zurückdrehen konnte?

AM: Ein solcher Moment war die Fernsehdebatte am 30. November 1988 zwischen dem Vorsitzenden des staatlich kontrollierten Gewerkschaftsverbands [Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych, OPZZ], Alfred Miodowicz, und Lech Wałęsa. Bis dahin hatte die Regierung die ganze Zeit herumlaviert und versucht, Entscheidungen hinauszuzögern, bis die Regierung Mieczysław Rakowski wirtschaftlichen Erfolg haben würde. Doch dieses TV-Duell zeigte, dass eine gewisse Öffnung unausweichlich war, dass niemand die Staatsmacht verstehen würde, wenn sie diese weiterhin blockierte.

BDS: Anschließend tagte von Februar bis April 1989 der Runde Tisch, und schließlich gelang es, am 4. Juni 1989 Wahlen durchzuführen. Heute scheint es, dass das größte Problem der Gewerkschaft Solidarność ihr viel zu großer Sieg war, da sie nicht nur fast alle Sitze gewann, auf die sie Anspruch hatte, sondern zudem in der ersten Runde der Wahlen die meisten kommunistischen Kandidaten durchfielen. Warum konnte sich die Opposition nicht dazu durchringen, die Chance zu nutzen und die ganze Macht zu ergreifen?

AM: Nie zuvor hatten die Kommunisten nur deshalb auf die Macht verzichtet, weil sie Wahlen verloren hatten. Die Wahlen vom Juni 1989 waren überwältigend, doch wir befürchteten, dass sich ein Szenario wie in Algerien wiederholen würde, dass die Regierung zwar die erste Runde der Wahlen verlor, es aber wegen der Verhängung des Kriegszustands keine zweite Runde mehr geben würde. Wir befürchteten, dass derlei Signale aus Russland eintreffen könnten und dass auch der Machtapparat selbst dazu tendieren würde. Darum wollten wir alles auf möglichst sanfte Art machen.

BDS: In den Ostblockstaaten entstanden verschiedene Szenarien für die Machtübernahme durch die Opposition, zu der es mit unterschiedlicher Geschwindigkeit kam. Hätte man es in Polen nicht schneller haben können?

AM: Ich glaube, dass wir am schnellsten waren. Aber ich hatte damals auch das Gefühl, dass wir schnell und vorsichtig zugleich sein müssen. Es galt, maximal verantwortungsvoll und vorsichtig vorzugehen, weil wir wussten, dass der Staat alles in der Hand hatte – Armee, Sicherheitsdienste, Propaganda, Verwaltung. Wir dagegen waren schwach, weshalb es keiner großen Anstrengung bedurfte hätte, um uns durch eine militärische Operation nach dem Vorbild des 13. Dezember 1981 zu zerschlagen.

BDS: Dennoch schlugen Sie in einem denkwürdigen Artikel in der *Gazeta Wyborcza* die Formel „Euer Präsident, unser Premier“ vor, die nicht zu den Vereinbarungen am Runden Tisch gehört hatte.

AM: Aber das war schon im Juli 1989, also nach den Wahlen, die von der Staatsmacht anerkannt und bestätigt worden waren. Natürlich war ich der Meinung, dass man vorankommen müsse, doch diesen Artikel hatte ich nach den Wahlen und nicht davor geschrieben. Und er war so geschrieben, dass wir uns absicherten – also unser Premier, unsere Regierung, aber euer Präsident, also auch ihr werdet abgesichert sein und niemand wird euch an den Straßenlaternen aufknüpfen.

BDS: Dieser Artikel löste jedoch eine große Diskussion aus und Tadeusz Mazowiecki sagte sinngemäß: „Eile mit Weile“.

AM: Tadeusz Mazowiecki glaubte nicht daran, dass dieses Projekt realistisch war. Er meinte, die kommunistische Regierung würde sich niemals darauf einlassen, und wenn, dann nur deshalb, um uns eine Falle zu stellen, die darauf beruhte, dass sie nach drei Monaten erklären würde, wir verstünden nichts und man müsse uns absetzen. Mazowiecki glaubte schlicht nicht daran, dass die alte Regierung in der Lage sein würde, die Macht mit jemandem zu teilen. Ich hingegen war der Ansicht, dass man es riskieren müsse, da das „Timing“ wichtig war. Das war ein historischer Augenblick, da etwas, was gestern unmöglich war, heute möglich wurde und morgen vielleicht nicht mehr möglich sein würde.

BDS: Anschließend wurde General Wojciech Jaruzelski zum Präsidenten gewählt; Kandidat der einstigen Staatsmacht für das Amt des Ministerpräsidenten war General Czesław Kiszczak. Schließlich wurde jedoch angesichts des Widerstands der Solidarność-Kreise am 24. August Tadeusz Mazowiecki Ministerpräsident. Was war die Philosophie des „dicken Striches“, die er in seiner Regierungserklärung verkündete?

AM: Die Philosophie war einfach – wir ziehen einen Strich unter die Vergangenheit und übernehmen die Verantwortung dafür, was wir von nun an tun werden.

BDS: Später wurde diese Formulierung jedoch umgedeutet. Es hieß, sie habe es ermöglicht, dass die Vergangenheit nicht aufgearbeitet wurde.

AM: Tatsächlich – Mazowieckis Gegner und Kritiker verkehrten die Äußerung in ihr Gegenteil, indem sie sagten, der „dicke Strich“ habe Dieben und Verbrechern Straffreiheit gewährt, doch das ist Unsinn. Das hat Mazowiecki nie gesagt.

BDS: In einem Artikel über den „dicken Strich“ schrieb Mazowiecki 2009, dass viele Menschen, auch ihm nahe stehende, gegen diese Formulierung waren und ihn davor gewarnt hatten.

AM: Ich habe ihn nicht gewarnt. Ich war der Meinung, dass eine solche konziliante Linie sehr klug sei, weil die Gesellschaft bereits seit vielen Jahren, vor allem seit der Verhängung des Kriegsrechts, tief gespalten war. Man musste diese Spaltung also sehr vorsichtig rückgängig machen, die Wunden

versorgen, die Gräben zuschütten. Natürlich bedeutete das keine Toleranz für Verbrecher. Nur dass für Verbrecher Gerichte zuständig sind und nicht der Ministerpräsident. Tadeusz Mazowiecki hob in seiner Regierungserklärung hervor, dass wir die Verwaltungsbeamten aller Ebenen nach ihrer Loyalität zur neuen Regierung und deren Reformprogramm beurteilen würden.

BDS: Der polnische Primas Kardinal Wyszyński soll einmal gesagt haben, dass der Kommunismus sich dadurch vom Westen unterscheidet, dass er das Prinzip *pacta sunt servanda* nicht anerkennt. Wie haben sich in dieser Hinsicht die Kommunisten in dem 1989 in den ersten halbfreien Wahlen gewählten Sejm verhalten?

AM: Natürlich bäumten sie sich auf, doch im Grunde verhielten sie sich dem Reformprogramm gegenüber sehr loyal – nicht nur hinsichtlich der politischen Reformen und der Außenpolitik, sondern vor allem gegenüber Balcerowicz's wirtschaftlichem Reformpaket.

BDS: Und gab es Versuche, den Reformprozess zu bremsen?

AM: Wahrscheinlich gab es solche Versuche, die darauf beruhten, Dokumente der Sicherheitsdienste zu vernichten, welche die Lage womöglich destabilisieren wollten. Letztlich kam es in Polen aber zu keinem Staatsstreich, zu keinem Putsch wie in Russland, auch zu keinem militärischen Umsturzversuch wie in Spanien. In Polen hatte dieser Prozess insgesamt einen recht sanften Verlauf.

BDS: Was ist Ihnen zufolge das Erbe dieser friedlichen Revolution für das heutige Europa?

AM: Ich kann mich selbst nicht einschätzen, das müssen Menschen aus Ihrer Generation tun. Aber ich habe den Eindruck, als hätten wir etwas Bedeutsames eingebracht, wie man nämlich durch Verhandlungen, durch Kompromisse, und nicht durch Barrikaden, Galgen und Hinrichtungskommandos aus einer Diktatur herauskommt. Dieser Weg hat natürlich auch seinen Preis, aber meiner Meinung nach ist das unser ganz eigenständiger Beitrag zum zivilisatorischen Werk der demokratischen Welt.

BDS: Könnten Sie einige der wichtigsten Merkmale der Politik von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki aufzeigen, an die wir heute denken und die wir vielleicht auch umsetzen sollten?

AM: Vor allem sollten wir daran denken, dass Tadeusz Mazowiecki eine sehr tiefgreifende Systemveränderung von der Diktatur zur Demokratie erreichte, von einem Satellitenstaat der UdSSR zu einem souveränen Staat, von der Plan- zur Marktwirtschaft, und dass ihm dies durch Kompromisse, ohne Gewalt gelang. Mazowiecki schuf das Modell eines für alle offenen Polen, eines Polen für all diejenigen, die gemeinsam eine demokratische Ordnung errichten möchten.

BDS: Dennoch kam es relativ rasch zum sogenannten „Krieg an der Spitze“, also zum Richtungsstreit innerhalb des Regierungslagers.

AM: Das liegt in der Natur der Sache aller großen revolutionären Veränderungen. Anfangs war die Unterteilung in ein Post-Solidarność-Milieu und die Postkommunisten zentral. Diese Spaltung existiert zum Teil auch heute noch, was sich kürzlich an den Protesten bei der Beerdigung von General Wojciech Jaruzelski zeigte, doch ist sie heute nicht mehr entscheidend.

BDS: Das ist merkwürdig, denn Mazowiecki's „dicker Strich“ sollte diese Gräben zuschütten, doch habe ich den Eindruck, als sei die Spaltung der Gesellschaft heute tiefer denn je.

AM: Ja, aber es sind andere Gräben. Heute wird die entscheidende Auseinandersetzung zwischen den Anhängern eines freien, prowestlichen Polen sowie den Anhängern eines – sagen wir – populistischen, nationalkatholischen, verschlossenen und europaskeptischen Polen geführt.

BDS: Herr Michnik, vielen Dank für das Gespräch. Im Namen der Redaktion des

Jahrbuchs *Historie* möchte ich Ihnen und der *Gazeta Wyborcza*, die in diesem Jahr ihren 25. Geburtstag feiert, alles Gute wünschen.

Berlin/Warschau, 6. Juni 2014

*Bartosz Dziwanowski-Stefańczyk spricht mit Adam Michnik: „Wir wollten alles auf möglichst sanfte Art machen.“ Zum 25. Jahrestag der Verhandlungen am Runden Tisch und der ersten freien Wahlen 1989, in: *Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Folge 7: Besatzung, Berlin/Warschau 2013/2014, S.27-33.**

Aus dem Polnischen von Peter Oliver Loew